

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 090, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 23. August 1928

Nummer 197

Schwere Krise in der SPD

Toni Sender gegen Austritt der SPD-Minister aus der Regierung

Sozialdemokratische Vertuschungsaktion der Geheimrüstungen Groeners gegen den „inneren Feind“
Überall Massenproteste der SPD-Arbeiter / Offene Kapitulation der „linken“ Führer

Geheimnisse im Parteiausschuß

Toni Sender vor den Freitaler SPD-Funktionären

Dresden, 23. August 1928.

Gestern Abend fand im großen Saal der Roten Schänke in Freital eine Unterbezirkkonferenz der SPD statt, in der Toni Sender das Referat über den Panzerkreuzerstand hielt. Über diese Versammlung erhalten wir heute morgen von einem sozialdemokratischen Funktionär einen eingehenden Bericht (siehe auf Seite 2 d. Blattes) mit dem Bemerkten, daß mit dem Abend des Berichtes in der kommunistischen Arbeiterstimme verhindert werden möchte, daß die Dresdener Volkszeitung und ihr Freitaler Ableger den wahren Verlauf der Versammlung und die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter wie bei der Trianon-Versammlung verschweigen und verfälschen. Ueber die Versammlung selbst, die Diskussionsreden und das Referat Toni Senders, erfahren wir folgendes:

Toni Sender versuchte, den sozialdemokratischen Funktionären, den selbst von Breitscheid widerlegten Schwindel aufzutischen, daß die Partei und die Reichstagsfraktion von dem Panzerkreuzerbefehl überzerrumpelt worden sei. Toni Sender mußte zugeben, daß der Panzerkreuzerbefehl ein nie wieder gut zu machender Vertrauensbruch an den Wählermassen bedeute. Ihre ganzen Ausführungen waren darauf abgestellt, die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau als eine persönliche Schuld der Minister hinzustellen. Dann entschloß sich der wortabfällige Toni einige wertvolle Eingeständnisse. Sie erklärte u. a.: Wenn sie in der Sonnabendssitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses für den Antrag gestimmt habe, daß die Minister aus der Regierung austreten sollten, so nur deshalb, um zu zeigen, daß sie zur Linken stehe. Heute würde sie nicht wieder für einen solchen Antrag stimmen. Sie sei vielmehr der Auffassung, daß der Rücktritt der Minister ein falscher Weg sei. Dann teilte Toni Sender den Freitaler Funktionären streng vertraulich mit, daß Severing in der Sitzung des Parteiausschusses erklärte habe, daß er auf Grund seiner Beobachtungen feststellen konnte, daß der General Groener in seinem Reichswehrreferat gemaltige Rüstungen gegen die Arbeiterklasse betriebe. Toni Sender betonte ausdrücklich, daß diese Mitteilung von den Funktionären als vertraulich (!) behandelt werden müsse. Sie erklärte weiter, daß sie, als die Zustimmung der Minister bekannt geworden sei, den SPD-Ministern habe sagen lassen, sie sollten ja nicht glauben, daß sie den deutschen Arbeiter „mit einem russischen Mißhit“ vergleichen könnten. In der Diskussion, an der sich u. a. die Stadtverordneten Typner und Arnhold (letzterer Betriebsratsmitglied von S. u. M.) beteiligten, kam die ungeheure Empörung der SPD-Arbeiter über den Panzerkreuzerstand zum Ausdruck. Ein Jungsozialist, namens Hennig, erklärte, daß die Führer jede Bindung mit den Arbeitermassen verloren hätten. Unter stürmischen Beifallsrunden und Bravoursen der Versammlung erklärte er, daß man sich ein Beispiel an Lenin nehmen müsse, der nicht nur ein führender Revolutionär und großer Führer gewesen sei, sondern immer die enge Fühlung mit den Arbeitermassen behalten habe.

Als die Funktionäre eine Verschärfung der vorgelegten Resolution des Bezirksvorstandes verlangten, beschwichtigte der Landtagsabgeordnete Schleinig und Toni Sender die Versammlung, die dann unter allgemeiner Unruhe geschlossen wurde.

Die Freitaler Funktionärversammlung zeigt wie alle bis jetzt stattgefundenen Sitzungen der SPD die ungeheure Erregung der SPD-Arbeiter über den schändlichen Verrat ihrer Führer. Die SPD befindet sich in einer starken Krise. Die Aufgabe, die sich jetzt die gesamten Führergarnituren der SPD gestellt haben, ist, die Partei zu retten, die Erregung abzumildern. Wenn darauf schon alle Publikationen der SPD-Führer hinauslaufen, so zeigen die Ausführungen der Toni Sender das gestern Abend im erhöhten Maße. Recht typisch und bezeichnend ist die Bemerkung, daß sie nur für den Austritt der Minister gestimmt habe, um zu zeigen, daß sie bei den „Linken“ stehe. Heute will

sie einem solchen Beschluß nicht mehr zustimmen. Die Minister sollen in der Regierung verbleiben.

Um den Funktionären die Notwendigkeit der Fortsetzung der Koalitionspolitik plausibel zu machen, erzählt sie, Severing habe auf Groeners Geheimrüstungen gegen die Arbeiter hingewiesen. Groener, das ist der General, der unter dem Jubel der Sozialdemokraten Reichswehrminister wurde. Scheidemann schrieb diesem General im 8-Uhr-Abendblatt einen begeisterten Begrüßungsartikel. Dieser Minister rümpelt nun gegen die Arbeiter. Um diese Rüstungen „zu überwachen“, sollen die Minister in der Regierung bleiben. Wohl um die Rüstungen gegen die Arbeiter einzuschränken, haben die sozialdemokratischen Minister dem Panzerkreuzerbau zugestimmt.

Groener führt Geheimrüstungen und die „linke“ Toni Sender hält es für ihre Pflicht, die Funktionäre der SPD für die Geheimhaltung dieser Aufrüstung zu verpflichten. Kein Arbeiter wird glauben, daß die SPD-Minister die Rüstungen gegen die Arbeiter aufhalten werden. Pflicht von Ministern aus der Arbeiterschaft wäre es, bei solchen Feststellungen sofort Alarm zu schlagen, die gesamte Arbeiterschaft auf die ihr drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Aber jedem Arbeiter ist auch klar, daß diese Knechte des Kapitals die Arbeiter nicht auf die Aufrüstung der Konterrevolution aufmerksam machen werden.

Besehender aber ist noch die Haltung der „Linken“, die nun, angeblich erst durch Severing, auf die Aufrüstung

aufmerksam gemacht, die Vertuschung und Verschleiерung vor der Arbeiterschaft decken. Ja, diese Aufrüstung noch als Grund für das Verbleiben in der Regierung angeben.

Mit ihrer Erklärung, daß sie nur gestimmt habe, um zu zeigen, daß sie zur „Linken“ stehe, hat die Sender die ganze fragwürdige, erbärmliche und heuchlerische Rolle dieser „Linken“ enthüllt.

Wir aber machen die Arbeiter auf die Gefahren, die sie bedrohen, aufmerksam. Wir rufen den Arbeitern zu: Achtung! Unter den Augen der sozialdemokratischen Minister rüstet die Konterrevolution gegen euch. Die Minister blickten diese Rüstung, die „Linken“ verschweigen sie vor euch. Konterrevolutionäre und Betrüger führen die SPD.

Helfer der Konterrevolution sind sie alle, das zeigen die Ausführungen der Toni Sender ganz deutlich.

Ein Betrugsmanöver gegen die Arbeiter war die Wahlpropaganda der SPD. Ein Betrugsmanöver der angeblich selbständige Ministerbefehl. Betrugsmanöver sind die gesamten Ausführungen der „Linken“. Die gesamte Arbeiterschaft muß Alarm schlagen. Sofort nehmt Stellung zu den Geheimrüstungen, die zum Panzerkreuzerbau gehören.

Mobilisiert die Betriebe!

Mobilisiert zum Volkseinsatz!

Die Fleißner, Sender, Böchel, Liehmann müht eure Beruhigung erreichen.

Alarm muß eure Antwort sein. Rüstet, werbt für den Volkseinsatz der KPD!

Verlaßt die Partei der Verräter, schließt euch zusammen unter den Fahnen des Klassenkampfes — in der kommunistischen Partei Deutschlands.

Stürmische Entrüstung Berliner SPD-Funktionäre

Wir legen die Arbeit nieder — Untersuchungsausschuß gegen die Minister — Weg mit Stampfer

Berlin 23. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Ueber die Funktionärstung der SPD am Dienstag veröffentlicht die Rote Fahne heute eine Reihe Resolutionen, die der Funktionärversammlung vorgelegt und die der Vorwärts unterzeichnet. So verlangt eine Resolution die sofortige Zurückziehung der parteigenösslichen Mitglieder aus der Regierung und droht mit Arbeitsniederlegung der Funktionäre der SPD, wenn die sozialdemokratischen Minister nicht zurücktreten. Eine andere Resolution verlangt die Zurückziehung der sozialdemokratischen Zustimmung zum Panzerkreuzerbau in der nächsten Kabinettsitzung. Eine dritte Resolution spricht über die Haltung des Vorwärts die schärfste Mißbilligung aus und fordert eine Neuebefehung der Chefredaktion des Vorwärts. Die Funktionäre der 90. Abteilung Neukölln verlangen sofortigen Rücktritt der sozialdemokratischen Minister und einen außerordentlichen Parteitag. Eine andere Resolution fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen die SPD-Minister. Bis Sonnabend waren dem Bezirksvorstand bereits 17 Resolutionen der verschiedenen Abteilungen und Bezirke zugegangen. Die Verlesung der oben wiedergegebenen Resolutionen löste in der Funktionärversammlung jedesmal einen starken Beifall aus und wurde von Zwischenrufen wie „Sehr richtig!“ usw. unterbrochen.

Das enthüllte Manöver

Die „Linken“ als Betrüger entlarvt

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Rote Fahne veröffentlicht eine Zuschrift eines sozialdemokratischen Funktionärs, der aus nächster Umgebung des Berliner Bezirksvorsitzenden der SPD, des „linken“ Künstlers, folgendes erfahren hat: Der Parteivorstand der SPD hat vor der Kabinettsitzung eine Versprechung mit den Ministergenossen durchgeführt. Dort war Klarheit darüber, daß entsprechend den Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei dem Panzerkreuzerbau zugestimmt werden muß. Es kam nur zu Meinungsverschiedenheiten darüber, was aus taktischer Rücksicht auf die Partei und die Wählermassen dabei zu tun sei. Die Mehrheit war der Ansicht, daß der Durchbruch aus der Zeit der Opposition zu einer praktischen Regierungspolitik am besten durchgeführt wird, wenn man die Partei und den

Öffentlichkeit überraschend vor die Tatsache der Abstimmung stellt. Die Minderheit war der Ansicht, daß zuerst eine Vorbereitungsaktion durch Einbringung von Gesetzesanträgen sozialpolitischer Natur geführt werden müsse. Es wurde dann aber die Linie im Sinne der Mehrheit festgelegt.

Daß es sich bei dem Beschluß der Minister um ein solches Manöver handelte, ging schon aus einer Menge Äußerungen der SPD-Presse hervor. Wir sind schon an anderer Stelle darauf eingegangen. Jetzt dringt auch aus den Kreisen der SPD diese Tatsache durch. Die Arbeiter sehen, daß der gesamte Parteiausschuß ein großes Betrugsmanöver gemacht hat. Zieht sofort die Konsequenzen aus dieser Haltung.

Die Kriegsoffer für den Volkseinsatz

Am 18. und 19. August fand im Offener Gewerkschaftshaus der Gautag des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Gau Rheinland-Westfalen statt, der einstimmig eine Resolution gegen den Panzerkreuzerbau annahm und die Herbeiführung eines Volkseinsatzes begrüßte. Auch die sozialdemokratischen Genossen, die in größerer Zahl als sonst erschienen waren, stimmten dieser Entschloßung zu.

Die Freidenter gegen den Panzerkreuzerbau

Am Sonntag tagte in Düsseldorf die Bezirkskonferenz des Verbandes für Freidenter und Feuerbestattung. Mit den Stimmen der Opposition gegen 7 Stimmen, bei 8 Stimmenthalten der Reformisten, wurde eine Entschloßung angenommen, die gegen den Bau des Panzerkreuzers A protestiert und den Beschluß der kommunistischen Partei auf Herbeiführung eines Volkseinsatzes mit Befriedigung begrüßt.

4000 Textilarbeiter ausgebeert

Auf die Kündigung des Lohn- und Manteltarif für die R. Gladbacher Textilindustrie antworteten die Textilgewerkschaften mit den schärfsten Kampfmaßnahmen und bewiesen damit, daß sie mit allen Mitteln arbeiten werden, um die um ihre Existenz ringenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen niederzuschlagen und ihnen alle Kräfte des scharfen Konkurrenzkampfes auf dem Textilmarkt aufzubringen. Als in einem hiesigen Betrieb von der Belegschaft die Forderung auf Vohnerhöhung gestellt wurde, antwortete die Unternehmerorganisation sofort mit der Aussperrung von 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen.